

Schiller-Killer Kiesinger frohlockte in Bonn: „Die Position des Kanzlers ist im Augenblick stärker als je zuvor.“ Als am vorletzten Sonntag der von seinen ausländischen Kollegen im Basler Notenbankklub bedrängte Bundesbank-Chef Karl Blessing den Kanzler telephonisch informierte, der britische Schatzkanzler Roy Jenkins verlange von Bonn Ersatz der durch Straußens Schwatzhaftigkeit entstandenen Kosten für die Pfundstützung, reagierte der deutsche Regierungschef barsch: „Sagen Sie dem Herrn Minister ‚No, Sir‘.“

Eine Weile spielte Kiesinger sogar mit dem Gedanken, dem widerborstigen Wirtschaftsminister zuvorzukommen und Schiller zu entlassen. Dann besann er sich auf seine „paradoxe Situation“ als Chef von zwei annähernd gleichstarken Regierungspartnern. Vertrauten erläuterte er die Binsenwahrheit: „Ich kann keinen Ressortchef der anderen Partei ablösen, ohne eine Koalitionskrise zu riskieren.“

Wehmütig wies der Kanzler aus dem Fenster seines Amtszimmers in den Schaumburg-Park und gedachte besserer Zeiten: „Da draußen steht die Platane, unter der wir die Mifriki beschlossen haben. Das war noch ein großer Erfolg.“

Am Montag letzter Woche war dem Kabinettschef vollends klageworden, daß auch sein Schicksal an die Große Koalition gefesselt ist. Drei Dringlichkeitsanfragen der FDP-Opposition zur Währungsfrage drohten die Koalition im Bundestag zu spalten. Damit die Fragen nicht in falsche Hände gerieten, wollte der Regierungschef die Beantwortung dem Finanzminister Strauß übertragen. Von Beratern mußte er sich belehren lassen, das heikle Geschäft falle allein in die Zuständigkeit des Wirtschaftsministers. Und der war weg.

Kanzleramts-Staatssekretär Karl Carstens erhielt Fahndungsauftrag. In Colombey bei Iserlohn trieb er den Gesuchten auf. Schiller möge die Fra-

Unser Hartmacher.



SPD Die beste Zukunft, die Sie wählen können

SPD-Anzeigen-Entwurf
Neues Schiller-Epos

Günter Gaus

WÄHRUNGSPOLITIK ALS GEFÜHLSAUFSCHWUNG

Das Lehrstück ist noch nicht zu Ende. Dem westdeutschen Publikum wird es geboten werden — denn was läßt es sich nicht alles bieten —, den nun unausweichlichen Anstieg der Preise demnächst als Folge der Währungspolitik Karl Schillers dargestellt zu bekommen. Eine solche Lesart der jüngsten Bonner Unzulänglichkeiten ist zwar der blanke Unsinn; zwar war es Schiller, der mit einer Aufwertung das Geld stabilisieren wollte; zwar waren es die Christlichen Demokraten und ihre nicht nur ratspendenden Finanziers, die eine „Anpassungsinfation“ (wie harmlos gesagt) ins Land holten. Aber muß das die Unionsparteien davon abhalten, das Gegenteil zu behaupten? Schließlich wird in einigen Monaten gewählt. Die Stimmen, die man fängt: sie fragen ja nicht.

Wahlkampf, es ist wahr, hat mit derartigen Politik, wie sie in der Gemeinschaftskunde erläutert wird, wenig gemein. Aber es ist kein knabenhaftes Unverständnis für das harte Geschäft. Mehrheiten zu gewinnen und zu behaupten, wenn man meint, dem Zynismus im politischen Handeln sollten Grenzen gesetzt sein. Die CDU/CSU jedoch hat — wieder einmal — die Grenzenlosigkeit ihres Talents bewiesen, Politik mit der Unmündigkeit ihrer Wähler besser als mit jeder anderen Eigenschaft machen zu können.

Aufwertung oder Abwertung: das ist für Kiesingers Parlamentarier nur der Unterschied einer Vörsilbe; also für ein uninformiertes Wählervolk eine so kleine Differenz, daß man getrost auf die Angstgefühle der inflationsgeschädigten Deutschen bauen kann. Eilfertige Umfragen erhärten den Mangel an Unterscheidungsvermögen — und dieser Mangel ist im christlichen Regierungslager dann eben nicht Grund genug. Informationsstücken (etwa mit Hilfe des sonst so geölten Presseamts-Apparats) zu schließen, sondern ist der Freibrief für den Appell an die Emotion: Schiller greift nach dem Geld. So wird sie betrieben, die christlich-wirtschaftliche Herrschaftsausübung zu Bonn.

Gefühle, Ängste ebenso wie hoffnungsvolle Erwartungen, bestimmen nicht nur in diesem Lande und hierzulande nicht nur bei den Wählern der Union weithin das politische Verhalten. Aber niemand reitet so andauernd auf dem Wogenkamm möglichst vieler unklarer Emotionen wie Kiesinger und Strauß. Nicht genug damit, Angst zu erzeugen, wenn von Aufwertung die Rede ist. In kräftigen Dosen — und sie werden in den kommenden Monaten noch stärker werden — wird beigelegt der angenehme

Eindruck, daß die Verweigerung des derzeit einzig vernünftigen Schritts in der Währungsfrage böserartigen Spekulanten endlich einmal das Handwerk gelegt hat. Millio-nengewinne — sie sind nicht gemacht worden, so rechtfertigen sich die Wortführer der Unionsparteien. Gerade deutlich genug, um nicht allzu deutlich wiedererkannt zu werden, zeichnet man die Schemen internationaler Börsen-Jobber an die Vorurteilswände, von denen wir umstellt sind.

Und schließlich läßt sich auch noch das deutsche Selbstgefühl schmeicheln, denn nicht aufgewertet hat man ja auch, um dem Ausland nachzulegen, erst einmal im eigenen Haus Ordnung zu schaffen. Währungspolitik als Welterziehung — Bonn blieb es vorbehalten. Kein Manöver an den deutschen Börsen vor zwei Wochen ist zu vergleichen mit der christlich-demokratischen Spekulation auf die Dummheit der westdeutschen Wähler.

Freilich heißt es die CDU/CSU unterschätzen, wenn man annimmt, sie habe mit ihrem Festhalten am Wechselkurs der Deutschen Mark ihren Wählern nur einen politischen Gefühlsaufschwung ermöglichen wollen. Die Spitzenkräfte der Union haben es noch stets verstanden, ihre Volkspartei als das Sammelbecken aller Gruppen der Gesellschaft zu dekorieren. Die Unlust an der Politik, die mangelnde Bereitschaft, politische Informationen (zum Beispiel über die Notwendigkeit einer Aufwertung) an die Stelle gefühlig-er Unklarheiten zu setzen — dies alles hat die dauerhafte Etablierung der Union als Volkspartei neuen Typs ermöglicht: Die Austragung von Gegensätzen, diese lästige Notwendigkeit jeder vernunft-bezogenen Politik, konnte den Bürgern als überflüssig erscheinen, wenn doch alle in der christlich-demokratischen Volksgemeinschaft ihren Platz fanden. Der harte Kern direkter Interessenvertretung, den die CDU/CSU immer gehabt und gehegt hat, blieb so zumeist kleidsam verhüllt.

Nur dann und wann tritt er zu-tage: Die Großindustrie hat in den vergangenen zwei Wochen ihren Sachwalter in der Union gehabt. Auf die angenehmste Weise ließ sich diese Interessenwahrung auch noch damit verbinden, unter den bauerlichen Wählern das Vertrauen darauf zu stärken, daß die subventionierte Unvernunft der bisherigen CDU-Agrarpolitik fortgesetzt werden würde. Man hätte es erkennen können: wenn nicht Kiesingers und Straußens Appell an die Emotionen den Blick darauf verstellt hätten.